

Berlin, 21. November 2019

Pressemitteilung „Entkriminalisierung von Cannabiskonsument*innen“

Cannabis zählt in Deutschland, Europa und weltweit als die am häufigsten konsumierte illegale Substanz. Dennoch oder gerade deswegen wird eine mögliche Gesetzesänderung im Bereich Cannabis vielseitig von Politik und Gesellschaft diskutiert. Denn der bisherige Ansatz der Repressionspolitik erscheint seinen Zweck der Reduzierung von Cannabiskonsum nur unzureichend zu erfüllen. Die Frage, ob der Konsum von Cannabis in Deutschland entkriminalisiert werden soll, ist jedoch nicht leichtfertig zu beantworten und bedarf einer differenzierten fachlichen Auseinandersetzung.

Der Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. (fdr+) hat sich dieser Fragestellung angenommen und setzt sich in seiner Stellungnahme *„Entkriminalisierung von Cannabiskonsument*innen und Ausgestaltung der Regulierung“* kritisch mit dieser auseinander. Neben den Wirkungsweisen von Cannabis, wird eine Einschätzung des Gefährdungspotenzials vorgenommen sowie der Zusammenhang von Cannabiskonsum und Abhängigkeit dargestellt. Darüber hinaus werden sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse erläutert, als auch alternative Handlungsentwürfe anderer Länder, wie Portugal und Uruguay aufgezeigt.

Eine Überprüfung der aktuellen Strukturen und Gesetzeslagen in Deutschland ist - unter Berücksichtigung der gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen des Cannabiskonsums - aus Sicht des fdr+ dringend erforderlich und bedarf eines kontinuierlichen Dialogs zwischen den Vertreter*innen des Suchthilfesystems, der Politik, Justiz, Polizei und/oder Ordnungsbehörden.

Die Stellungnahme des Fachverbands kann auf der Website des fdr+ abgerufen werden.

Kontakt:

Friederike Neugebauer
Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.
Gierkezeile 39, 10585 Berlin
Tel.: 030/85400490, Fax: 030/85400491
E-Mail: neugebauer@fdr-online.info
Internet: www.fdr-online.info